



Stadtverwaltung Plauen

Herr Oberbürgermeister
Steffen Zenner

Plauen, 09.04.2024

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung Gespräche mit dem Vogtlandkreis dahingehend zu führen, dass arbeitsfähige Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.

Asylbewerber, die bisher keiner Beschäftigung nachgehen, sollen zu gemeinnützigen Tätigkeiten verpflichtet werden, vergütet mit 80 Cent pro Stunde. Die Tätigkeit ist so auszugestalten, dass sie auf zumutbare Weise und stundenweise ausgeübt wird. Grundlage dazu ist die Richtlinie des Asylbewerberleistungsgesetzes (§ 5 Arbeitsgelegenheiten). Bei Verweigerung sind entsprechende Leistungskürzungen auszuschöpfen.

Die Koordination der Arbeitsorganisation ist mit Hilfe digitaler Prozesse auf einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand zu beschränken. Notwendige Personal- und Sachkosten sind durch bestehende Strukturen zu prüfen und ggf. anzupassen. Grundlage für die Verhandlungen der Stadt mit dem Vogtlandkreis ist das AsylbLG. Deren aktuelle Version ist zu beachten.

Der Bildungs- und Sozialausschuss und der Stadtrat ist noch vor der Sommerpause über die Umsetzung zu informieren.

Begründung:

Das Leben in einer Gesellschaft wird vom Miteinander geprägt. Dazu gehört auch, dass jeder seinen Beitrag leisten sollte und erwachsene, arbeitsfähige Asylbewerber einer geregelten Tätigkeit nachgehen. Dies bietet Strukturen, ermöglicht eine Beteiligung am sozialen Leben und ist für das Fordern und Fördern in Bezug auf die Arbeitspflicht ein Beitrag für die Gesellschaft.

Das Asylbewerberleistungsgesetz ermöglicht die Zuweisung von Aufgaben zu gemeinnützigen Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern. Diese gesetzlichen Vorgaben sollten auch hier im Vogtlandkreis genutzt werden und dazu beitragen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für Neuankömmlinge zu verbessern.

Die Teilnahme an gemeinnützigen Projekten fördert die Integration von Asylbewerbern, den Erwerb der deutschen Sprache und ein Gefühl der gesellschaftlichen Teilhabe. Daher sprechen wir uns als CDU-Fraktion dafür aus, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Vogtlandkreis nach Lösungen sucht und diese zeitnah umsetzt.

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender